

Politisches Versagen Pur

Vor wenigen Tagen bescheinigte der Arbeitgeber-Präsident Ludwig Henkes den Politikern auf föderaler und regionaler Ebene einen Mangel an Reife und an Verantwortungsgefühl: Sie würden den überflüssigen bürokratischen Aufwand in Belgien nicht abbauen sondern noch weiter vergrößern. Die Folge dieser Handlungsweise sei ein Anstieg der Sozialabgaben für die Betriebe. Es lässt sich leicht ableiten, dass dadurch die Existenz der belgischen Unternehmen akut bedroht wird. Hinzu kommt die Selbstbedienung von vielen politischen Gremien, so wie zuletzt wenn die Information stimmt, die unseriöse Entscheidung der EU-Parlamentarier sich für 9,6 Millionen Euro in Brüssel ein Schwimmbad zu bauen. Auch die Steuerverschwendung für den unnötigen Parlamentsumzug in der DG verdient hier eine unrühmliche Erwähnung. Man muss jedoch festhalten, dass auch die Unternehmer der kleinen und mittelständischen Betriebe sich aktiv einsetzen müssten und insbesondere für die Abschaffung des ruinösen Schuldgeldsystems kämpfen sollten! Es profitieren nämlich nicht die kleinen und mittelständischen Unternehmen vom Zins- und Zinseszins und von der Nichtausübung der Geldhoheit durch den Staat, sondern die Bankenkonzerne und die dahinter stehenden multinationalen Industriekonzerne.

Ab dem 1. Januar 2011 läuft in der EU das Jahr der Freiwilligentätigkeiten. Das Engagement der vielen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger ist selbstverständlich sehr lobenswert. Dabei ist allerdings nicht hinnehmbar, dass Leterne, Reynders, Lambertz und Co. nur deshalb auf die unbezahlten Tätigkeiten durch die Bevölkerung angewiesen sind, weil ihnen die finanziellen Mittel fehlen um Arbeitsstellen im Bereich der Sozialökonomie zu schaffen! Ganz zu schweigen davon, dass wegen der aus Dummheit und Korruption geborenen, riesigen Staatsverschuldung Investitionen im öffentlichen Bereich zunehmend nur noch über eine weitere Verschuldung durch Leasing, PPP-Verfahren oder klassische Kreditaufnahmen möglich sind. Dieses Verhalten ist politisches Versagen pur! Die politischen Verantwortungsträger sind in vielfältigen Abhängigkeiten verfangen. Deshalb sollten wir Bürgerinnen und Bürger die Missstände aufzeigen und versuchen, die notwendigen Lösungen, auch außerhalb der Wahltermine, mit legalen Mitteln zu erzwingen.

Joseph Meyer, St.Vith